

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 210. Ratssitzung vom 22. Januar 2014

4654. 2013/259

**Postulat von Walter Angst (AL) und Alecs Recher (AL) vom 03.07.2013:
Umsetzung der Zielgruppenfokussierung des «Programms Wohnen» bei Geschäften, welche gemeinnützigen Bauträgern den Bau zusätzlicher Wohnungen ermöglichen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Walter Angst (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4112/2013): Es geht darum, dass die wohnpolitischen Grundsätze des Stadtrats vorsehen, dass ein Mindestanteil an subventionierten Wohnungen in Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften angeboten werden soll. Die Genossenschaften haben sich in den letzten Jahren zunehmend aus dem subventionierten Wohnungsbau zurückgezogen. Der Stadtrat hat im «Programm Wohnen» den Auftrag, einen Mindestanteil an subventionierten Wohnungen zu erstellen, festgeschrieben. Leider richtet sich dieser Auftrag nur an das Finanzdepartement, es sind jedoch auch andere Departemente involviert. Wir haben mittlerweile gehört, dass in künftigen Planungen auf den subventionierten Wohnungsbau verstärkt Rücksicht genommen wird.*

***Thomas Schwendener (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 11. September 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Der Stadtrat soll sich nicht in die Konzepte der Bauträgerschaften einmischen. Die Wohnbauträger sollen selber entscheiden können, wie sie ihre Wohnungen umsetzen. Die Stadt muss versuchen, ihre Finanzen ins Lot zu bringen. Bei der Volksabstimmung ging es um gemeinnützigen und nicht um subventionierten Wohnbau.*

Weitere Wortmeldungen:

***Severin Pflüger (FDP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Die FDP ist der Ansicht, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger den subventionierten Wohnungsbau unterstützen. Wir haben einen Textänderungsantrag.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Geschäften, welche gemeinnützigen Bauträgern, die Baurechtsverträge, Darlehen oder andere Formen der Unterstützung von der Stadt erhalten haben oder im



2 / 2

Zuge dieses Geschäfts erhalten werden, den Bau zusätzlicher Wohnungen ermöglichen oder die Ausnutzung ihrer Grundstücke erhöhen (insbesondere Anpassung der Nutzungsplanung, Sondernutzungsplanungen, Baulinienänderungen, Landgeschäfte, Baurechtsverträge), das "Programm Wohnen" des Stadtrates, insbesondere Zielgruppenfokussierung, Massnahme 11 "Die Stadt setzt sich bei den gemeinnützigen Bau-trägerschaften für einen Mindestanteil subventionierter Wohnungen ein", umgesetzt werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 92 gegen 23 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung über-wiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat